

Vorlage-Nr.: **3902-2010/DaDi** vom 06.10.2010

Aktenzeichen: 811-004

Fachbereich: Fraktion von Die Linke-DKP
Walter Busch Hübenbecker
Werner Bischoff

Beteiligungen:

Produkt: **1.01.01.02 Gremienmanagement**

Beschlusslauf:	Nr.	Gremium	Status	Zuständigkeit
	1.	Infrastruktur- und Umweltausschuss	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
	2.	Kreistag	Ö	Zur abschließenden Beschlussfassung

Betreff: **Nachhaltige Energiepolitik im Landkreis Darmstadt Dieburg - Antrag Die Linke/DKP**

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreistag Darmstadt Dieburg lehnt die von der Bundesregierung beschlossene Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke – auch unter dem Gesichtspunkt der räumlichen Nähe zum Atomkraftwerk Biblis – ab.

2. Der Kreistag stellt den Ausbau der regenerativen Energien in den Mittelpunkt eines nachhaltigen DA-DI Energiekonzeptes. Angesichts der unkalkulierbaren Folgen einer Verlängerung der Laufzeit von Atomkraftwerken wie Biblis ist ein Ausbau der erneuerbaren Energien für den Landkreis Darmstadt-Dieburg in den Mittelpunkt seiner Energiepolitik zu stellen. Ziel sollte sein in den nächsten 15 Jahren die Gebäude des Landkreises Darmstadt Dieburg und seiner Beteiligungen und Eigenbetriebe nur noch mit regenerativer Energie zu heizen.

3. Der Kreistag Darmstadt Dieburg prüft – ähnlich wie dies der Kreistag des Odenwaldkreises beschlossen hatte – sich an einer entsprechenden Ausschreibung des Landes Hessen zur Förderung der regenerativen Energie zu beteiligen. Mit der Odenwaldkreisgesellschaft Brenergo – einer Gesellschaft zur Förderung, Gewinnung und Nutzung regenerativen Energien – geht hier unser Nachbarkreis beispielhaft vor. Der Landkreis Darmstadt Dieburg strebt an, weitere Biomassenpotentiale zu erschließen und die Wettbewerbsfähigkeit entsprechender Unternehmen zu stärken.

4. Der Kreistag appelliert über die Landes- und Bundesfraktionen der vertretenen Parteien, an die Bundesregierung und an Ministerpräsident Bouffier diesen Beschluss des Kreistages Darmstadt Dieburg zur energiepolitischen Wende zur Kenntnis zu nehmen. Eine entsprechende Energiepolitik soll auf Landes – und Bundespolitik umgesetzt werden.

Begründung:

Nicht erst seit Tschernobyl ist klar , dass bestehende Atomkraftwerke nicht nur regionale sonder globale Folgen nach sich ziehen.

Der Beschluss der großen Koalition aus CDU und FDP – Laufzeitverlängerungen für überalterte, und störanfällige Atomkraftwerke zu beantragen, geht an den demokratischen Mehrheitsverhältnissen Deutschlands vorbei, auch an den politischen Mehrheiten des Landkreises Darmstadt Dieburg . Der Betrieb des Atomkraftwerkes Biblis stellt ein erhöhtes Sicherheitsrisiko für ca. 290 000 Kreisbürger bzw. Bürgerinnen unseres Landkreises dar.

Dieses Atomkraftwerk verfügt über keine unabhängige Notstandswarte, noch ist es gegen Flugzeugabstürze entsprechend gesichert.

Die beschlossen Verlängerung der Laufzeit von Atomkraftwerken nimmt der Kreistag Darmstadt Dieburg nicht kritiklos hin. Das ungeklärte Problem der Endlagerung der radioaktiven Abfälle in Deutschland macht diesen Beschluss der großen Koalition zudem noch unverständlicher.

Ein dynamischer Ausbau der erneuerbaren Energien würde es ermöglichen weit schneller als bisher aus der Atomkraft auszusteigen. Atommeiler blockieren durch ihre unflexible Stromerzeugung die Stromnetze. Einspeisung von Energie aus Wind- und Sonnenenergie wird hierdurch erschwert.

Mit ihrem Beschluss der Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken setzt die Bundesregierung das falsche Zeichen. Mit der Verweigerung der Landesregierung das Atomkraftwerk Biblis mit einer stärkeren Hülle zu schützen und eine externe Notstandswarte einzurichten, werden die Bürger/innen des Landkreises Darmstadt Dieburg einem erhöhten Sicherheitsrisiko ausgesetzt.

Der Landkreis Darmstadt Dieburg würde sich mit einem Beschluss unseres Antrages – so wie der Odenwaldkreis dies unlängst beschlossen hatte- zu einer nachhaltigen, ungefährlichen, zukunftsweisenden und ökologischen Energiepolitik bekennen.

Der Kreistag Darmstadt Dieburg würde durch seine Zustimmung zu diesem Antrag auch nachrichtlich an seine Landes – und Bundesparteien – ein Zeichen für Akzeptanz von energiepolitischen Nachhaltigkeitszielen in der Öffentlichkeit einsetzen.